

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 24 (1983)
Heft: 18

Artikel: Friede mit dem Kriegssystem?
Autor: Djilas, Milovan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093576>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Milovan Djilas

Friede mit dem Kriegssystem?

Das Haupthindernis auf dem Weg zur Abrüstung ist die Sowjetunion oder, genauer gesagt, ihr politisches System. Hier sagt Milovan Djilas, der vom ehemaligen kommunistischen Führer zum bekanntesten Sozialismus-Kritiker geworden ist, dem Westen das, was sich der Westen selbst kaum mehr zu sagen getraut. Wenn die Wahrheit flagrant genug ist, wird sie zum Schocker.

Es gibt alte Wahrheiten, die man ausdrücklich wiederholen muss, egal wie banal und gemeinplätzig sie klingen mögen. Dazu gehören auch ein paar Wahrheiten über die Rüstung.

Rüstung ist eine Folge und nicht eine Ursache der jeweiligen Staatspolitik. Die Ausrichtung und das Tempo der Rüstung, die Zahl von Waffen und Soldaten, weitgehend auch die Entwicklung neuer Waffen und neuer Kriegsmethoden, das alles wird durch den Charakter des gegebenen Staates und die Zielsetzung seiner Führung bestimmt.

Das zu sagen wäre überflüssig, wenn man sich im Westen nicht so beharrlich falsche Vorstellungen vom Sowjetsystem machen würde und noch mehr von seinem Streben nach weltweiter Expansion, das recht eigentlich zu seiner Natur gehört. Es

wäre für die sowjetischen Führer äusserst schwierig, dieses Streben aufzugeben. Selbst wenn sie die Absicht dazu hätten.

Falsche Vorstellungen im Westen ergeben sich oft aus den friedfertigen und ehrbaren Intentionen der Leute, die sie propagieren. Ähnliche Fehleinschätzungen sind in der Geschichte zu allen Zeiten vorgekommen. Dabei sollten wir dankbar sein, dass es immer Menschen gibt, welche den Krieg verabscheuen, welche hoffen, die Menschheit besser und die politischen Realitäten erträglicher zu machen. Manchmal sind die Umstände so, dass die Wohlgesinnten positive Ergebnisse erzielen und den Frieden wahren helfen.

Nur: heute sind die Umstände nicht so. Der Teufel

ist in Wirklichkeit sogar noch schwärzer als man ihn sich nur vorstellen kann.

Der Schrecken eines nuklearen Krieges, der Millionen von Menschenleben und die Zivilisation vernichten kann, trägt erheblich zu den Fehleinschätzungen des Sowjetsystems bei. Denn im Vergleich zu einem solchen Krieg scheinen die Unterschiede zwischen den politischen Systemen, zwischen Ost und West, klein und irrelevant. Die Forderungen nach Frieden und Abrüstung, nach Reduzierung

Rüstung ist eine Folge und nicht eine Ursache der jeweiligen Politik. Für die Sowjetunion gehört die Expansion zum System!

der Nuklearwaffen und ihrem Abzug aus Europa sind Ausdruck dafür, und die Sowjets nutzen das durch ihre politische Propaganda wirkungsvoll für ihre eigenen strategischen Zwecke.

Die Gefahr eines nuklearen Krieges ist eine brutale Realität. Aber eine brutale Realität ist auch die Sowjetunion. Und solange sich das Sowjetsystem nicht ändert, muss der Westen das atomare Gleichgewicht aufrecht erhalten, indem er neue Atomwaffen entwickelt.

Über die Sowjetunion herrscht heute eine Parteibürokratie, die ihr Machtmonopol rücksichtslos behauptet. Diese Eigenschaft des sowjetischen Politsystems belastet das gesamte Abrüstungsproblem weit mehr als es jenen Friedensbefürwortern erscheint, die darauf bestehen, die Sowjetunion als einen Staat wie jeden andern hinzustellen, das heisst als einen Staat, dessen Regierung durch internationale Verträge und Abkommen gebunden



Milovan Djilas, Jahrgang 1911, ist der bekannteste jugoslawische Autor der Gegenwart, obwohl er in seiner Heimat praktisch als Unperson behandelt wird und dort nichts publizieren darf.

Der ehemalige Partisanengeführte Titos war nach dem Krieg zu höchsten Partei- und Staatsämtern aufgestiegen (Generalsekretär und Vizepräsident). 1954 wurde er wegen Abweichung seiner Ämter enthoben und befand sich zwischen 1955 und 1966 meist im Gefängnis. In seinen Büchern hat er, der sich seit zehn Jahren nicht mehr als Kommunist betrachtet, seinerseits mit dem Sowjetsystem und seinen Ablagen abgerechnet: «Die neue Klasse» (1957), «Gespräche mit Stalin» (1962), «Die unvollkommene Gesellschaft» (1969), «Verlorene Schlacht» (1971), «Kriegszeit» (1977).

Die Wohlgesinnten können den Frieden wahren helfen, wenn die Umstände es zulassen. Aber heute tun sie es nicht.

wäre, als einen Staat, der von der eigenen Bevölkerung und von der Weltöffentlichkeit wirksam unter moralischen Druck gesetzt werden könnte.

Während der Revolution und dem Bürgerkrieg in Russland hat sich die Kommunistische Partei die absolute Macht angeeignet und hält sie heute total.

Die Gefahr eines nuklearen Krieges ist eine brutale Realität. Und eine solche ist auch die Sowjetunion. Und solange sich ihr System nicht ändert, muss der Westen das atomare Gleichgewicht aufrecht erhalten.

Sie hat nicht nur alle Privilegien und Machtbefugnisse einer «gewöhnlichen» Diktatur an sich genommen, sondern beherrscht das Leben der Nation in seinen sämtlichen Bereichen. Die KPdSU betrachtet die ganze restliche «kapitalistische Welt» als einen Feind und bekennt sich zu ihrem Auftrag, dessen politische und gesellschaftliche Ordnung zu untergraben und zu stürzen.

Als ein Vertreter der jugoslawischen Partisanenbewegung während des Krieges und der jugoslawischen Regierung danach hatte ich viele vertrauliche Treffen und Unterredungen mit den politischen und militärischen Sowjetführern, einschliesslich Stalin und Molotow. Fast ausnahmslos brachten diese Leute eine tiefe Feindschaft gegenüber der restlichen Welt zum Ausdruck, und gegen den Westen noch ganz besonders.

Nach dem Krieg gehörte die Sowjetunion zu den am stärksten verwüsteten Ländern; die Zahl der Todesopfer war ungeheuer. Und dennoch betrachteten die Sowjetführer den Frieden bloss als kurze Übergangsphase, die man zur Vorbereitung des nächsten Krieges nutzen müsse. Das war der Grund, weshalb sie die Streitkräfte nur zum Teil

Ein Staat, der weder von der eigenen Bevölkerung noch von der Weltöffentlichkeit unter Druck gesetzt werden kann, ist kein Vertragspartner wie jeder andere Staat.

demobilisierten, weshalb sie keine wirtschaftlichen und menschlichen Anstrengungen scheuten, um neue Waffen zu entwickeln. Gleichzeitig unterstützte Moskau den Aufbau der militärischen Macht in den unterworfenen Ländern Osteuropas, wobei ihnen freilich nur zweitrangige Waffen zugestanden wurden und die vollständige sowjetische Kontrolle gewährleistet blieb.

Auch wir Jugoslawen wurden von den Sowjets «unterstützt». Sie schickten uns Militärspezialisten, die wir teuer bezahlen mussten; dafür spionierten sie uns oft genug nach aus. Ferner erhielten wir gebrauchte und abgenutzte Waffen, immerhin frisch gestrichen und poliert. Die sowjetische Machtelite vermochte keine Freunde oder Verbündete anzuerkennen, sondern nur Vasallen und gehorsame Kolonien. Und so ist es auch heute; ausserhalb der eigenen Grenzen beginnt die Welt des Feindes.

Im Verlauf der Zeit hat sich die Macht der Partei vergrössert, und die Gegebenheiten der internationalen Politik haben sich im Weltmassstab verändert. Das hat die Methoden und den Führungsstil bis zu einem gewissen Grad mit verändert, aber das Wesen des sowjetkommunistischen Systems und die Zielsetzung seiner Oligarchen ist geblieben. Sowjetstaat und «sowjetisches Vaterland» nehmen nun jene zentrale Stelle ein, die einst dem kommunistischen Internationalismus zukam.

Nun hat die Sowjetbürokratie nebst andern Expansionsmitteln eine machtvolle Kraft ausgebaut, die mächtigste der Welt in mancher Beziehung, nämlich ihre Atombewaffnung. Nuklearwaffen spielen nicht nur die Hauptrolle im sowjetischen Arsenal, sie ermöglichen es ihren Eigentümern auch – was wichtiger ist –, aus einer zweitrangigen Wirtschaftsmacht eine militärische Supermacht zu machen.

Deshalb wird und kann die Sowjetunion ihre Nuklearwaffen nicht aufgeben oder ihr nukleares Po-

Die kapitalistische Aussenwelt ist der Feind, und den Feind muss man besiegen. Der Friede ist die Vorbereitungsphase zum nächsten Krieg.

tential in einem Ausmass von Belang reduzieren. Umsoweniger als sie es auch noch dazu braucht, bestimmte politische Ziele durchzusetzen, ohne deswegen einen Krieg führen zu müssen. Ungeachtet des Helsinki-Abkommens und schon zur Zeit der Entspannung hat sie ihre SS-20-Raketen auf Westeuropa gerichtet und damit dort und innerhalb der Nato Uneinigkeit und Zwist hervorgerufen. Und wenn sie Japan bedroht, macht sie sich die Erinnerung an Hiroshima und Nagasaki zunutze, die Angst der Japaner. Die sowjetischen Machthaber triumphierten, als das Abkommen von Helsinki die öffentliche Meinung des Westens beruhigte, aber sie selbst haben nicht lange damit zugewartet, es mit den Füssen zu treten.

Natürlich: Verhandlungen und Abkommen mit der Sowjetunion müssen sein. Aber bittere Enttäuschung wartet auf jene, die nicht begreifen, dass zeremoniell unterzeichnete und ratifizierte Abkommen und dergleichen von den Sowjetführern ernstlich nur dann respektiert werden, wenn sie wissen, dass ihre Gegenspieler entsprechende militärische Macht besitzen. Stärke und militärische Macht ist das, was ihrer politischen «Philosophie» zugrunde liegt.

Bei Verhandlungen mit dem Westen hat die Sowjetführung grosse Vorteile auf ihrer Seite: Weder

Um aus der zweitrangigen Wirtschaftsmacht Sowjetunion eine militärische Supermacht zu machen, sind Atomwaffen unabdingbar.

gibt es für sie selbst irgendwelche Verpflichtungen oder Skrupel, noch ist sie abhängig von der öffentlichen Meinung oder von der Furcht, Wahlen zu verlieren.

Ich erinnere mich noch lebhaft, wie die Sowjetführer sogar vor dem Ausbruch des jugoslawisch-sowjetischen Konflikts 1948 häufig unsere bilateralen Vereinbarungen aussetzten und mit den Füssen traten, ohne sich auch nur die Mühe zu machen, uns vorgängig zu informieren. Obwohl sie zuvor selbst darauf bestanden hatten, dass wir diese Abkommen unterzeichneten, beuteten sie

Die Sowjetführer können auf die Rüstung so wenig verzichten wie auf die Despotie; es geht um ihr Überleben.

dann skrupellos unsern naiven Glauben an das «erste Land des Sozialismus» aus, ebenso unsere internationale Isolierung und den kriegsverwüsteten Zustand unseres Landes.

Das grösste, wenn auch nicht einzige Hindernis auf dem Weg zur Abrüstung ist die Sowjetunion selbst, oder genauer gesagt, ihr politisches System, ein fast zur Gänze geschlossenes System. Geschlossen gegenüber der Aussenwelt, aber auch gegenüber der freien Debatte, gegenüber gesellschaftlichem oder politischem Wandel. Und in erster Linie verschliesst es sich allem gegenüber, was ausserhalb der herrschenden Kommunistischen Partei existieren oder sich entwickeln könnte. Der politischen Macht und Machtausübung in der Partei und durch die Partei teilhaftig zu werden, das ist in der Sowjetunion nahezu der einzige Weg, gesellschaftliche Anerkennung und materiellen Wohlstand zu erlangen.

Zweifelloso hat die Sowjetunion mit ernsthaften Schwierigkeiten zu kämpfen. Um nur die zwei schmerzhaftesten Probleme für die Machthaber zu erwähnen: Die Wirtschaft arbeitet ineffizient, und

bei verschiedenen Völkern der UdSSR herrschen nationale Unzufriedenheit und Separatismus.

Aber es gibt innerhalb des Systems keine auch nur potentiellen Kräfte, welche die Lösung der Probleme in Veränderungen und Reformen suchen würden. Die sowjetischen Führer müssen auf Expansion und Despotismus bestehen, weil sie anders nicht überleben können.

Das sowjetische System ist so korrupt wie morsch. Doch Zerfall und Niedergang können sich über eine sehr lange Zeit hinziehen. Und sie können sich als gefährlich erweisen, weil die herrschende Klasse unweigerlich nach Lösungen dort suchen wird, wo für sie selbst die Nachteile und Gefahren am geringsten sind, nämlich in der militärischen Expansion. Diese kann bald direkt betrieben werden wie beim Einmarsch nach Afghanistan, bald auch indirekt mittels abhängiger Staaten wie bei der kubanischen Intervention in Angola oder der vietnamesischen Aggression in Südostasien.

Seit langem hat die sowjetische Oligarchie die ernsthaften Mängel ihres eigenen Systems erkannt.

Vermindert der allmähliche Zerfall des Sowjetsystems die Gefahr? Im Gegenteil: Umso stärker sucht man den Ausweg in militärischer Expansion.

Sie können nicht einmal durch die riesigen natürlichen Reichtümer und Bodenschätze der Sowjetunion aufgewogen werden. Hier würde den Machthabern die Unterwerfung des industrialisierten Europas wirksam weiterhelfen, sowohl unmittelbar zur Überwindung ihrer gegenwärtigen Schwierigkeiten als auch zur Erreichung ihres Fernzieles einer Domination über die Welt.

Selbst wenn sich die Sowjetführung zur Abrüstung entschliessen wollte, könnte sie das nicht verwirklichen, weil sie automatisch von eben jenen Kräften der Parteibürokratie einschliesslich Armee bedroht würde, die sie repräsentiert und auf denen sie ihre Macht gründet. Natürlich wäre die Sowjetführung entzückt, wenn andere Nationen abrüsten würden. Aber sie hegt nicht den geringsten Wunsch, es selbst zu tun und ihre Macht aufs Spiel zu setzen.

★

Die westlichen Länder haben kaum eine andere Wahl: sie müssen stark bleiben. Ich kann nur wiederholen, was ich damals geschrieben habe, als viele Leute im Westen ihre enthusiastischen Hoffnungen auf Chruschtschow setzten: Wer sein Leben nicht in fremde Fesseln zwingen lassen will, der muss stark genug sein, seine eigene Lebensweise zu verteidigen.

Copyright Times Newspapers Limited 1983.
Deutsche Rechte bei der «Saarbrücker Zeitung».

Gefährdeter Friede – gefährdete Freiheit

In der längsten Friedensperiode, die Europa in diesem Jahrhundert beschert war, wird propagandistisch die Gefahr eines unmittelbar bevorstehenden Atomkrieges heraufbeschworen. Zahllose «Friedensbewegte» werden periodisch zu grossen «Demos» versammelt.

Politiker und Fachleute sind sich darüber einig, dass der langwährende Friede in Europa dem Rüstungsgleichgewicht zwischen den Machtblöcken zu danken ist. Wie nun aber P. A. Karber in «Sowjetische Macht und westliche Verhandlungspolitik» nachgewiesen hat (ZB 16/83), ist es den Sowjets gelungen, durch das Wecken westlicher Entspannungs- und Abrüstungserwartungen eine sowjetische Überrüstung Tatsache werden zu lassen. Diese hat inzwischen ein friedensbedrohendes Ausmass erreicht, so dass die westlichen Regierungen am 12.12.79 mit dem sog. Nato-Doppelbeschluss übereingekommen sind, mit der Sowjetunion Abrüstungsverhandlungen aufzunehmen; sollten diese scheitern, würde nachgerüstet, um das friedenssichernde Gleichgewicht wieder herzustellen.

Lenkung...

Die Sowjets sahen ihr Rüstungsübergewicht durch diesen Doppelbeschluss «bedroht» und starteten Gegenmassnahmen. Dazu gehörte, dass Ende September 1980 der Weltfriedensrat (WFR) in Sofia ein «Weltparlament für den Frieden» veranstaltete. Dieses sagte in seinem Schlussappell seine Unterstützung allen «Massenbewegungen» zu, die sich dem «kritischen» internationalen Rüstungsstand entgegenstellen. Ein Jahr später traten neue Komitees in Erscheinung, in der Bundesrepublik Deutschland «Für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit», in der Schweiz «Für Frieden und Abrüstung» (KFA). Beide riefen zu grossen «Friedensdemos» auf, die dann am 10. Oktober 1981 in Bonn und am 5. Dezember in Bern stattfanden.

Die zeitliche Abfolge und die Parallelität dieser Ereignisse macht eine zentrale Steuerung erkennbar, die nach Lage der Dinge nur von Moskau ausgehen konnte. Abgesprungene Sowjetagenten und KGB-Funktionäre erklärten denn auch, dass die Sowjetunion «einen sehr namhaften Teil der Ausgaben in fast jedem Friedenskomitee» trägt («Spiegel», 14.2.83). Kein geringerer als der frühere schweizerische Botschafter in Moskau bestätigte, dass «Beweise vorliegen, dass sie (die Friedensbewegten) von den «Russens» fi-

nanzial unterstützt werden» («Brückenbauer» 18.12.81). Wladimir Bukowski, der Autor des lesenswerten Buches «Pazifisten gegen den Frieden» (Verlag SOI 1983) schätzt aufgrund sowjetischer Verlautbarungen, dass die UdSSR «seit der Intensivierung der Agitation gegen den Doppelbeschluss» 234 Millionen Dollar aufgewendet habe (NZZ, 27.8.83).

Als im Frühjahr 1983 das Berner Büro der sowjetischen Nowosti-Agentur wegen Einflussnahme auf die schweizerischen Friedensbewegungen geschlossen wurde, entfachten die kommunistischen Parteien (PdA, POCH, SAP), die Schweizerische Friedensbewegung (SFB, «der nationale Partner des WFR»), der Schweizerische Friedensrat (SFR, eine Dachorganisation «friedensaktiver» Gruppen wie etwa der Christliche Friedensdienst (CFD), die Jusos usw.) und zahlreiche weitere Linksgruppierungen unisono einen Ent-rüstungssturm. Keine dieser Gruppen hat aber die bundesrätliche Empfehlung beachtet, sich ausdrücklich «von der Schützenhilfe Moskaus zu distanzieren».

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a.M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise (Inland)

Fr. 39.— jährlich
Studenten und Lehrlinge Fr. 25.—
Einzelnummer Fr. 2.—

ZB-Auslandpreise

Fr. 42.—/DM 48.—
Studenten Fr. 28.—/DM 32.—
Einzelnummer Fr. 2.50/DM 2,80